

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Londoner Konferenz.

Türken und Griechen zu den Orientbeschlüssen.

Paris, 25. Februar. Havas verbreitet folgenden amtlichen Bericht aus London: Heute nachmittag um 5 Uhr erließen die türkische Abordnung vor der Konferenz, um ihre Antwort auf die in der vorhergehenden Versammlung vorgelegten Fragen abzugeben. Nachdem Velti Sami Bey wiederholt hatte daß er die Unterzeichnung annahme, die über die in Beziehung begriffenen Fragen der Staatsangehörigkeit der Bewohner von Ostthrazien und Smyrna vorgelegt war, gab er zu verstehen, daß die türkische Abordnung keine ausreichende Vollmacht besitze, um ohne Bericht nach Angora verschiedene Teile des Vertrages von Sèvres anzuerkennen, die die wirtschaftliche Lage des Landes angehe. Er sei entschlossen, dies schleunigst zu tun, um vor Montag nachmittag eine Antwort zu erhalten. Die Konferenz erklärte sich mit dieser Frist einverstanden.

London, 26. Februar. Morning Post meldet, der Beschluß der Verbündeten, eine interalliierte Kommission zur Nachprüfung der genauen Zahl der griechischen und türkischen Bevölkerung in Thrazien und Smyrna zu ernennen, habe auf die griechische Delegation wie eine Bombe gewirkt. Der griechische Ministerpräsident sei auf einen solchen Ausgang nicht vorbereitet gewesen und habe daher die Angelegenheit seiner Regierung unterbreiten müssen. Nach Berichten aus Athen wird die griechische Nationalversammlung den Vertrag von Sèvres unverzüglich ratifizieren. Eine allgemeine bewaffnete Erhebung der Griechen in den besetzten Gebieten ist nicht ganz ausgeschlossen.

Die armenische Frage.

London, 26. Februar. Das offizielle Communiqué über die Sitzung der Konferenz, die am Nachmittag unter Vorsitz Lord Curzons stattfand, besagt: Bezüglich Kurdistan und Armeniens erklärte Velti Sami Bey, die Kurden, die bereits in welchem Maße in der Nationalversammlung von Angora vertreten seien, besäßen weitgehende lokale Autonomie. Eine vollständige Unabhängigkeit sei unerwünscht. Bezüglich Armeniens wies Curzon darauf hin, daß die Mächte nicht im geringsten die Absicht hätten, die Bevölkerung außer acht zu lassen, einen einigen und lebensfähigen Staat Armenien zu schaffen. Im Interesse der Türkei und Armeniens sei es von Wichtigkeit, eine von allen Parteien gutgeheißene Grenze festzusetzen, durch die Armenien die ihm jüngst genannten Gebiete zurückgegeben würden, und seine nationale Existenz gesichert werde. Berthelot versicherte, daß die Franzosen beim Verlassen Ciliciens Maßnahmen für die Sicherheit der armenischen Bevölkerung in Cilicien treffen würden. Die Konferenz beschloß, dem Obersten Rat Vorschläge über mögliche Änderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages von Sèvres, soweit sie Kurdistan und Armenien betreffen und mit Rücksicht auf die jüngsten Ereignisse wünschenswert sind, vorzulegen.

London, 26. Februar. (Reuters.) In der heutigen Sitzung der Konferenz nahmen Lloyd George und Briand nicht teil. Die armenische Delegation vertrat Ansprüche auf ein größeres Armenien auf der Grundlage des Vertrages von Sèvres und forderte einen großen Teil Ciliciens zum Schutz gegen Angriffe. Die türkische Delegation unter dem Vorsitz von Velti Sami Bey erklärte hierzu, daß die von den Kemalisten besetzten Städte Kars und Alexandropol durch den türkisch-armenischen Vertrag vom November 1920 der Türkei zugesprochen worden seien. Hierzu wurde erklärt, daß die Alliierten diesen Vertrag nicht anerkannt hätten.

Paris, 26. Februar. Wie der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur aus London meldet, haben die alliierten Sachverständigen heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der mit den armenischen und türkischen Vertretern verhandelt wurde. Boghos Nuhar Pascha verlangte, indem er sich auf den Boden des Friedensvertrages von Sèvres stützte, Garantien für die Armenier in Cilicien. Ein anderer armenischer Delegierter protestierte gegen die Bestimmungen des Vertrages, der zwischen den türkischen Nationalisten und der Regierung von Erivan abgeschlossen wurde und der zwei russische Provinzen unter türkische Herrschaft bringe. Velti Sami Bey setzte alsdann für die türkische Delegation die Lage in Turkestan auseinander. Die Nationalversammlung von Angora habe ein Gesetz angenommen, das allen turkestanischen Wlajets volle Autonomie gewähre. Sie seien im Parlament vertreten und die Bevölkerung erhebe keine Forderungen, mit Ausnahme von einigen Dissidenten, die keine Bedeutung hätten. Der türkische Vertreter erbat sich sogar, seine Behauptungen an Ort und Stelle durch die Alliierten nachprüfen zu lassen. Für Armenien gebe es keinen Platz in der Türkei, denn es gebe nirgends eine armenische Mehrheit.

Der Optimismus der alliierten Sachverständigen.

London, 27. Februar. Nach dem Oberster hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen Bericht unterbreitet, in dem es heißt, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgendeinem anderen Lande Europas. Es werde schwer sein zu beweisen, daß der in Paris festgesetzte Reparationsbetrag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteige.

Karding gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes?

Wasel, 28. Februar. (L.) New York Herald berichtet, daß Kardina gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes durch französische oder englische Truppen im Falle des Scheiterns der Londoner Konferenz sein Veto einlegen werde, wodurch die bis jetzt stillschweigend geübte Solidarität Amerikas mit den Alliierten in die Brüche gehen würde.

Abreise der deutschen Delegation nach London

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die deutsche Delegation für London ist Sonntag, mittags 12 Uhr vom Potsdamer Bahnhof abgefahren, Englischen Zeitungsmeldungen

zufolge ist der Mittwoch als derjenige Tag festgesetzt worden, an dem die deutschen Delegierten zum ersten Male auf der Konferenz erscheinen werden.

Der Völkerbund gegen die Abrüstung.

Deutschland als Roman.

Paris, 26. Februar. Laut Journal erklärte Vignani, der zum Vorsitzenden des Rüstungsausschusses des Völkerbundes ernannt wurde, man dürfe zur Zeit noch nicht an die Abrüstung denken. Man stehe einem Deutschland gegenüber, das nach wie vor immer noch imperialistisch und reaktionär sei und sich den Vertragsverpflichtungen zu entziehen suche. Unter solchen Umständen abzurufen, wäre eine tollkühne Unvorsichtigkeit. Der Völkerbund dürfe eine so ausschließliche Hoffnung nicht hegen, aber es sei logisch, daß er wenigstens den Versuch mache, eine Einschränkung der Rüstungen zu erreichen. Das sei eine sehr heikle und schwierige Aufgabe. Wenn eine Rüstungseinschränkung überhaupt möglich sei, so müßte sie von allen Ländern zu Wasser und zu Lande durchgeführt werden. Auf jeden Fall sei es von großer Bedeutung, zu wissen, daß überhaupt einmal ein ernsthafter Versuch unternommen werde, die militärischen Lasten herabzumindern.

Fortschritte der Verhandlungen in Riga.

Riga, 26. Februar. (D. E.) In den Rigaer Friedensverhandlungen bezeichnet der gestrige Tag einen merkwürdigen Fortschritt. In einer seit längerer Zeit zum erstenmal wieder öffentlich abgehaltenen Plenarsitzung wurde der Vertrag über den Austausch der Kriegsgefangenen, Flüchtlinge und Internierten unterzeichnet, dessen Ausführung nach 10 Tagen beginnen soll. Dies bedeutet ein seit Wochen umstrittenes und von der polnischen Delegation immer wieder angegriffenes Zugeständnis der Sowjetdelegation. Als Gegenleistung ist die bisher polnisch-geleitete Forderung der Sowjetdelegation nach einer Verlängerung der Rüstungsaussetzung für den Waffenstillstand von zwei auf sechs Wochen angenommen worden. Endlich wurde gestern ein Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur endgültigen Regelung der polnisch-russischen Grenzen getroffen.

Der Bürgerkrieg in Italien.

Rom, 25. Februar. Die Blätter berichten aus Bari über einen Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten, die den Streik erklärt hatten. Einige Personen wurden verletzt. In Minerino und Murgia zündeten die Bauern mehrere Gutshöfe an. Sechs Personen wurden getötet. Auch in anderen kleinen Ortschaften Apuliens kam es zu Zusammenstößen. In Terlizzi wurde die Arbeitskammer in Brand gesteckt. In Bisceglie führten die Sozialisten einen Angriff auf das Haus des Landbundes aus. In Mirabella, in der Provinz Ferrara wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Sozialisten zwei Personen getötet und einige verletzt. Drei verdächtige Ausländer wurden festgenommen. In Modena veranstalteten Faschisten eine Kundgebung gegen die sozialistischen Abgeordneten Agnini und Donati, die von der Polizei geschützt werden mußten.

Rom, 28. Februar. Wie dem Corriere d'Italia aus Bari gemeldet wird, ist die Lage in Minerino und Murgia immer noch ernst. Die Brände dauern an. Man zählt bis jetzt 13 Tote.

Rom, 27. Februar. Wie die Blätter aus Bari melden, ist die Ruhe infolge des tatkräftigen Einschreitens der Polizei fast überall wiederhergestellt worden.

Livorno, 27. Februar. Faschisten veranstalteten eine Kundgebung gegen den kommunistischen Abgeordneten Milano.

Das Gesetz über die Brotpreiserhöhung angenommen.

Rom, 25. Februar. Der Senat hat heute das Gesetz über die Erhöhung des Brotpreises angenommen. Es tritt Anfang März in Kraft.

Kongreß der italienischen Gewerkschaften.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Welt am Montag meldet aus Livorno: Der Kongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat seine Arbeiten begonnen. Der Holländer Pimmen sprach im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Zwischen Sozialisten und Kommunisten kam es zu Zusammenstößen, bei denen von beiden Seiten handgreiflich vorgegangen wurde.

Die Volksabstimmung in Tirol beschlossen.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Antrag der Parteimänner des Tiroler Landtages, die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland am 24. April vorzunehmen, ist vom Tiroler Landtag angenommen worden.

Protest gegen den Ueberfall auf Georgien.

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Prag wird gemeldet: Auf Antrag des Abgeordneten Nemeček erklärt die sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei einen Protestaufmarsch gegen den Ueberfall der Sowjettruppen auf Georgien. Ebenso interpellierte der Führer der polnischen, sozialdemokratischen Partei Daszinski im Warschauer Sejm seine Regierung über ihr Verhalten zum Ueberfall der russischen Regierung auf Georgien.

Die Reichseisenbahn.

Seit Monaten wird die Öffentlichkeit mit dem großen Eisenbahn- und Postdefizit beschäftigt, das bei der Eisenbahn allein auf 15—16 Milliarden angegeben wird. Besonders wenn es sich um die Erfüllung von Beamten- und Arbeiterforderungen handelt, muß das große Defizit herhalten, um sie zu bekämpfen. Der Erfolg ist immer, daß der Eindruck erweckt wird, als rühre das Defizit in der Hauptsache von den Beamten- und Arbeiterforderungen her und es wird dadurch in der Öffentlichkeit eine läßliche Stimmung gegen die Beamten und Arbeiter erzeugt. Jetzt, wo der Eisenbahnhauhalt für 1920/21 im Hauptauschuss „beraten“ wird, zeigt sich mit einem Male, daß das Verkehrsministerium weiß, daß das Defizit auch andere Ursachen als den Personalforderungen geschuldet ist. Der Verkehrsminister Gröner sagt: Die Ursachen der finanziellen Notlage der Eisenbahnen liegen in dem Kriegesverfall, in der Abgabe der Betriebsmittel an die Entente, in einem vorübergehenden Rückgang des Verkehrs, in der Steigerung der Bezüge des Personals und einer ungeheuren Erhöhung der Materialpreise. Was die letztere Ursache anlangt, so wird sie näher zu beleuchten sein, denn sie bildet mit einer der ungeheuersten Korruptionsercheinungen des Kapitalismus und zeigt zugleich, wie die Kapitalisten die Eisenbahnverwaltung übers Ohr hauen. Beseitigt soll das Defizit nach Gröner durch Tarifserhöhung und Ersparnisse werden. Die Tarifserhöhungen allein sollen zehn Milliarden bringen. Am die Tarifserhöhung vom 1. April an einzutreten lassen zu können, muß der Haushalt jetzt im Galopp durchgepeitscht werden, so daß zu einer gründlichen Beratung, die so bitter nottut, keine Möglichkeit bleibt. Am 24. Februar ist der Haushalt den Abgeordneten zugegangen, am 25. Februar ist begonnen schon die „Beratungen“ im Hauptauschuss. Von einem gründlichen Studium des Voranschlages und von der Beschaffung des so notwendigen Materials zur Beratung konnte sonach keine Rede sein.

Soviel ist aber klar, schon bei einem flüchtigen Einblick in den Haushalt ist zu ersehen, daß das Defizit in die Höhe getrieben ist. Der Zuschuß, der für die Haushaltszeit 1920/21 auf 6,7 Milliarden angegeben wird, ist nicht so hoch, wenn man die einmaligen Ausgaben für bestehende Vermögenswerte in Betracht zieht, die zum Beispiel für Beschaffung von Fahrzeugen allein 2,5 Milliarden Mark betragen. Die Ausgaben für solche Anschaffungen müssen eigentlich auf mehrere Jahre verrechnet werden und man darf deshalb nicht einfach den Zuschuß so hoch angeben, als wenn es sich um ein Defizit handelte, für das keine Werte vorhanden sind. Das Verkehrsministerium weiß sich dem Defizit gegenüber nicht anders zu helfen, als die geistlose mechanische Erhöhung der Tarife und das Versprechen, zu sparen, abzugeben. Wie gespart wird und an welchen Stellen, das weiß man aus der Erfahrung. Die Kritik über die mechanische Tarifserhöhung wird auch von bürgerlichen Sachverständigen Kreisen geübt. Statt der einfachen Erhöhung der Tarife wird eine gründliche Reform der Verwaltung und Materialbehandlung verlangt. So wehrt sich der anerkannte Sachverständige Kirchhoff in mehreren Artikeln dagegen, daß man das Defizit lediglich mit Tarifserhöhungen statt mit der so notwendigen gründlichen Eisenbahnreform beseitigen will.

Von einer Reform ist aber auch mit keinem Worte beim jetzigen Verkehrsministerium die Rede; es geht alles den alten gewohnten Trost oder auch nicht, denn Herr Gröner hat im Hauptauschuss angekündigt, daß eine Regelung der Dienst- und Ruhezeiten einzutreten müsse, denn die pöhlliche Einführung des Achtstundentages habe zu großen Schwierigkeiten geführt. Das ist deutlich genug; es soll also dem Achtstundentag an den Kragen gehen.

Nachdem die Eisenbahnen Eigentum des Reiches geworden sind, sollte die erste Aufgabe des Verkehrsministeriums doch die gründliche Umgestaltung der einheitlichen Verwaltung und Materialverwendung sein. In Wirklichkeit bestehen, wie im Hauptauschuss auch von bürgerlicher Seite tadelnd gezeigt wurde, die alten partikularen Einrichtungen auch im Eisenbahnwesen weiter, was ganz besonders, aber nicht verwunderlicherweise, bei Bayern der Fall ist. Die Strömungen in den sogenannten Freistaaten gegen jede ernsthafte Reform zeigen sich ganz deutlich, und ob Gröner der Mann ist, der mit diesen veralteten Vorurteilen aufräumt, muß sich erst zeigen.

Die Reform darf sich nicht auf die Beseitigung partikulärer Einrichtungen, Vereinfachung der Verwaltung und ähnliche selbstverständliche Dinge beschränken, sie muß gerichtet sein auf die gründliche Umgestaltung des ganzen Eisenbahnwesens. Zunächst ist im Personenverkehr an Stelle der vier verschiedenen Klassen eine zu schaffen, die aber so bequem eingerichtet sein muß, daß das Reisen nicht zur Qual wird. Welch ungeheure Ersparung an Material und Verwaltung mit nur einer Wagenklasse und durch Verbilligung des Verkehrs erzielt würde, ist früher schon dargelegt worden, als die Eisenbahnreformbesprechungen viel lebhafter waren als jetzt, wo sie doch so dringlich sind. Eine andere Re-